

Zielgruppe: Bildungsträger und Multiplikator/-innen

Situations-/ Problembeschreibung

a) Lehrer_innen und Pädagog_innen an Berliner Schulen

An den ca. 758 öffentlichen und allgemeinbildenden Schulen in Berlin lehren und arbeiten um die 30.000 Lehrkräfte und 6.000 Pädagog_innen. Die Anzahl an Lehrer_innen mit einem Migrations-/PoC Hintergrund ist noch sehr gering. Die Schülerschaft an den Berliner Schulen ist dagegen sehr vielfältig und besonders von herkunftsbezogener Heterogenität geprägt. In Zukunft kommen zahlreiche Schüler/-innen mit Fluchterfahrungen dazu, auf deren Lernbedürfnisse Lehrer_innen bisher wenig vorbereitet sind.

Berliner Lehrer/-innen haben einen Bedarf ihre Angebote noch stärker an pädagogischen Ansätzen des Globalen Lernens in der Migrationsgesellschaft zu orientieren.

Diese sind sehr unterschiedlich im Bereich des Globalen Lernens engagiert. Ein Teil integriert Themen des Globalen Lernens erfolgreich in ihren Unterricht und braucht Räume des Austauschs und Informationen/Bildungsmaterial für neue Themen. Viele Lehrer_innen nutzen Themen des Globalen Lernens noch nicht und suchen nach Angeboten, die trotz ihrer hohen Arbeitsbelastung wahrgenommen werden können.

Die Nachfrage von Lehrer_innen nach Angeboten des Globalen Lernens zu migrantischen und postmigrantischen Themen, sowie Fragen der Inklusion und Bildungsgerechtigkeit wächst. Hier besteht der Bedarf, sowohl die Auswahl der Lehrinhalte und -medien zu begleiten, als auch bei der Herausforderung alle Schüler_innen anzusprechen, Unterstützung anzubieten.

Der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, der von der KMK und dem BMZ herausgegeben wurde, fordert Lehrer_innen auf, den Lernbereich Globale Entwicklung fachübergreifend im Curriculum zu implementieren. Hier gibt es zu wenig Hilfestellungen und Best Practise-Beispiele für die gelungene Umsetzung in Hinblick auf eine von Migration und Diversität geprägte Gesellschaft.

b) Referent_innen des Globalen Lernens

Ca. 30 NRO bieten Veranstaltungen des Globalen Lernens in Berlin an, sowie ca. 200-300 freiberufliche Referent_innen. Diese Gruppen und Personen haben einen Bedarf ihre Angebote noch stärker an pädagogischen Ansätzen des Globalen Lernens in der Migrationsgesellschaft zu orientieren.

In Berlin sind haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen von migrantisch-diasporischen Organisationen und Referent_innen des Globalen Lernens aus Ländern des globalen Südens tätig. Ca. 22 Vereine sind Mitglied bei moveGLOBAL, im BER sind weitere MDO organisiert. Schätzungsweise fünfzig migrantische Referent_innen des Globalen Lernens arbeiten für diverse Berliner Vereine (EPIZ; FEZ, GSE, ...) im Bereich des Globalen Lernens. Allerdings gibt es noch mehr Vereine und Einzelakteure, die für die Bildungsarbeit gewonnen und qualifiziert werden könnten.

Die aktiven Akteure des Globalen Lernens in Berlin fragen Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Globales Lernen in der Migrationsgesellschaft nach. Hier fehlt es an Austauschräumen, um

Anlage 1 Berlin: Situation Zielgruppen, Visionen, Wirkungsindikatoren

Individuen und die Netzwerke zu stärken und Erfahrungen aus der Lehre in Berliner Schulen und Bildungsräumen zu reflektieren.

Vision

Die Beachtung der Vielfalt der migrantischen und nichtmigrantischen Perspektiven in allen Arbeitsbereichen des Globalen Lernens wurde ermöglicht. Lehrende und Lernende nehmen sich als globale Akteure für eine gerechte und zukunftsfähige Weltgesellschaft wahr und verbreiten die Ideen des Globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Wirkungsindikatoren

Die Teilnahme und Partizipation von bislang wenig bzw. gar nicht erreichten, ausgegrenzten oder entwicklungspolitisch wenig erfahrenen Gruppen (Lehrende und Lernende) für das Globale Lernen wurde gestärkt.

Inhalte des Globalen Lernens, die die Perspektive einer Migrationsgesellschaft berücksichtigen, sind fester Bestandteil der angewandten Bildungskompetenzen von Bildungsträgern und Multiplikator_innen.

Schulen und außerschulische Anbieter_innen des Globalen Lernens verfügen über mehr diversitätssensible und rassismuskritische Strategien für Lehrende und Lernende.

Zielgruppe: Migrantisch-diasporische Gruppen und Vereine (MDO)/ PoC-Community

Situations-/ Problembeschreibung

Die Berliner MDO/PoC-Community zeichnet sich durch eine große und intersektionale Vielfalt aus.

Sie setzt sich zusammen aus den unterschiedlichsten Generationen, allen sozialen Schichten bzw. gesellschaftlichen Positionierungen/ Orientierungen und diversen Diskriminierungserfahrungen.

Darüber hinaus ist die Community in globalen, lokalen und nationalen Netzwerken und bringt sich aktiv in deren Strukturen ein.

Diese große Bandbreite ermöglicht es, eine Themenvielfalt zu bearbeiten und so die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen zu verbessern.

Die Bedarfe der Community liegen in der organisatorischen wie inhaltlichen Vernetzung und im Austausch über Strategien mit dem Ziel, konstruktive und bestärkende Synergien zu erreichen. Diese Synergien können aus der organisatorischen Vernetzung bestehen, um fachliche wie politische Kompetenzen gemeinsam zu nutzen.

Vor allem aber die Partizipation und die Beteiligung an Aushandlungsprozessen auf politischer Ebene ist ein zentrales Anliegen der Zielgruppe und seiner Organisationen. Diese soll neben der inhaltlichen Sichtbarmachung auch die Wahrnehmung Schwarzer/PoC Perspektiven ermöglichen und im Zuge dessen auch Zugänge zu Ressourcen erschließen, die bisher nur unzureichend erreicht wurden.

Die Community will sicherere Räume ausbauen, mit dem Ziel Konzepte des Empowerments (weiter) zu entwickeln um im Austausch die täglichen diskriminierenden Erfahrungen zu verarbeiten und Strategien des Vermeidens und Umgangs zu entwickeln.

Vielfalt als spezifisches Merkmal der Akteure quer durch alle Communities, alle Generationen, Wohnorte, soziale Schichten und Herkünfte. MDO schließen sowohl entwicklungspolitische Akteur/innen, die einen Herkunftsbezug zu Ländern und Regionen aufweisen, in denen Entwicklungszusammenarbeit geleistet wird als auch Akteur/innen, die einen so genannten Migrationshintergrund besitzen, unabhängig vom regionalen Herkunftsbezug.

1. Mangelnde Vernetzung erschwert die Bündelung zivilgesellschaftlichen Engagements und führen zum Schattendasein innerhalb der Gesamtgesellschaft.
2. Mangelnde Repräsentation durch kaum ausgeprägte Sprachrohre der Interessen – Selbstvertretung, eine wirkungsschwache Lobbyarbeit und schwache role-model-Effekte sind auch der gegenwärtige Ausdruck mangelnder Professionalisierung innerhalb der migrantischen Akteure.
3. Fehlende institutionelle Anbindung an den entwicklungspolitischen Wissens- und Informationstransfer behindern den inhaltlichen Wissens-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch insbesondere in entwicklungspolitischen Themen, um eigene und / oder innovative Beiträge zu entwerfen. Gleichzeitig erschwert diese Situation die positive Wirkung von migrantisch -spezifischen Initiativen.

Vision

Es gibt in Bundes- und Landesministerien Schwarze Minister_innen, insbesondere in dem für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Landesministerium. Die Vielfalt und Diversität Berlins durch die Zuwanderung von Menschen aus aller Welt ist eine Bereicherung der politischen wie Entwicklungspolitischen Scene und Strukturen

Wirkungsindikatoren

In den für migrantische Organisationen, PoC, Schwarze und Refugees relevanten Gremien in Berlin sind diese mit kompetentem und qualifiziertem Personal vertreten und wirken mit an den Prozessen.

In allen relevanten gesellschaftlichen Räumen und Strukturen in Berlin gestalten selbstbestimmte MO, PoC und Schwarze Akteure die Prozesse mit.

Post- und dekoloniale Inhalte sind fester Bestandteil angewandter Bildungskonzepte in Berlin, die von migrantischen Organisationen, PoC und Schwarzen Expert_innen entwickelt wurden.

Alle Berliner Bildungseinrichtungen verfügen über diversitätssensible und rassismuskritische Strategien für Lehrer_innen, Multiplikatoren, Schüler_innen und Eltern.

Zielgruppe: Politische Initiativen, Vereine und Verbände in Berlin, die sich nicht explizit auf Entwicklungspolitik beziehen

Situations-/ Problembeschreibung

Die zahlreichen städtischen Initiativen, Vereine und Verbände aus dem umwelt- und sozialpolitischen Bereich (Umwelt und Energie, Stadtentwicklung, Degrowth, sexuelle Vielfalt, Migration und Partizipation, Inklusion, Flucht und Asyl) verfügen über ein hoch spezialisiertes Wissen und teilweise ausgeprägte Netzwerke. Dabei bearbeiten sie auch entwicklungspolitisch relevante Themen, ohne sich selbst oder diese Arbeit entwicklungspolitisch zu verorten.

Kleinere Graswurzelinitiativen verfügen über geringe Ressourcen und arbeiten oft rein ehrenamtlich. Einige größere Interessensgruppen arbeiten professionell und haben sich teilweise in Verbänden zusammengeschlossen.

In den Graswurzelinitiativen sind oft junge, dynamische und sehr offene Menschen aktiv. Oft ist die Arbeit lokal und praktisch verortet. Durch den Praxisbezug (Urban Gardening, Repair Cafés, Stadtteilbewegungen mit Rechts- und Sozialberatung) hat diese Arbeit eine hohe Attraktivität für interessierte und spezifisch betroffene Berliner/innen, auch für neu Zugewanderte. Nur selten ist die Arbeit dieser Initiativen eingebettet in eine übergeordnete politische Strategie und Netzwerke. Zum Teil ist dies in der eher persönlichen als politischen Motivation der Engagierten begründet, zum Teil in den fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen.

In den größeren Vereinen und Verbänden findet man professionalisierte Strukturen und stärkere finanzielle und personelle Ressourcen als in den Initiativen. Sie sind näher an politischen Entscheidungsträger/innen dran und in ihrem Themenfeld meist gut vernetzt. Sie verfolgen bestimmte Ziele, basierend auf eigenen Strategien.

Da sowohl die Initiativen als auch die Vereine und Verbände außerhalb der EZ ihre Aktivitäten nicht als entwicklungspolitische wahrnehmen, nehmen sie auch interessante Impulse, Debatten und Strukturen der Entwicklungspolitik nicht wahr. Dadurch können auch Gemeinsamkeiten zwischen diesen Initiativen, Vereinen und Verbänden und den entwicklungspolitischen Initiativen und Vereinen nicht erkannt und Kräfte nicht gebündelt werden.

Es fehlt an übergeordneten Netzwerken und Kontakten, um gemeinsame Ziele zu identifizieren und die bestehenden Ressourcen optimaler nutzen zu können, wobei in fast allen Themenfeldern ein großes Potential für gemeinsame Aktivitäten bzw. auch zur Verfolgung gemeinsamer Ziele mit durchaus unterschiedlichen Aktivitäten vorhanden ist.

Vision

Im Zentrum Berlin Global Village sind geografische wie soziale Räume entstanden, in denen und durch die das vielfältige Engagement der Berliner/innen sowie der zahlreichen Initiativen und Vereine sichtbar wird und gemeinsame Ziele formuliert und verfolgt werden.

Anlage 1 Berlin: Situation Zielgruppen, Visionen, Wirkungsindikatoren

Die Basisinitiativen sind stark vernetzt und verstehen sich als eine Bewegung für ein gerechteres Berlin in der globalisierten Welt.

Wirkungsindikatoren

Es gibt einen Austausch über Themen, Debatten, Akteure und Strukturen zwischen der entwicklungspolitischen Szene und den Initiativen, Vereinen und Verbänden außerhalb der EZ, die sich für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft einsetzen.

Akteure der EZ und Akteure außerhalb der EZ identifizieren gemeinsame Ziele und bauen stabile Partnerschaften und Kooperationen auf. Dadurch entfalten bisher getrennt arbeitende Initiativen, Vereine und Verbände eine gemeinsame Sichtbarkeit und Wirksamkeit.

Durch den praktischen Nutzen lokal verorteter Initiativen (z. B. Repair Cafés) werden spezifisch betroffene Berliner/innen angesprochen. Über diesen Zugang werden bislang nicht erreichte Gruppen, z. B. Neu-Zugewanderte, sensibilisiert und mobilisiert.

Zielgruppe: entwicklungspolitische zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere Mitgliedsgruppen des BER

Situations-/ Problembeschreibung

Die Zahl der entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen wächst ständig. Berlin als Hauptstadt und internationale Metropole, als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen aus allen Bereichen (Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kultur), als Heimat von Migrant/innen und Geflüchteten ist wie kaum eine andere Metropole immer noch geprägt von Orten der Solidarität, von einer Vielzahl politischer und sozialer Initiativen und vom Eigenleben der Kieze. Die zahllosen Initiativen für Geflüchtete, die Kämpfe für das Recht auf Stadt, die Volksentscheide und Bürgerbegehren sind Ausdruck eines Berlin von unten, einer sich organisierenden aktiven Zivilgesellschaft. In Berlin verdichten sich die Auswirkungen globaler Probleme – der Gegenstand entwicklungspolitischer Arbeit ist vor Ort erlebbar und betrifft die Lebensverhältnisse der Berliner/innen. Mit der zunehmenden Überforderung staatlicher politischer Strukturen, diese Aufgaben zu bewältigen, wachsen seitens der gesellschaftlichen Mehrheit die Erwartungen an die NRO und deren Glaubwürdigkeit gleichermaßen.

Entwicklungspolitische NRO werden dementsprechend selbstbewusster, auch wenn Entwicklungspolitik von vielen noch als ein Nischenthema wahrgenommen wird. Sie können der steigende Nachfrage nach ihrer Expertise mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen immer weniger gerecht werden. Dies betrifft v.a. kleinere und migrantische NRO. Die wachsenden Anforderungen staatlicher und anderer Förderinstitutionen (Wirkungsorientierung, Bürokratisierung) stellt sie vor große Herausforderungen. Vernetzung, Qualifizierung, Evaluierung ...: Wichtige Felder der Weiterentwicklung ihrer Arbeit, die nichts mit der unmittelbaren Projektdurchführung zu tun haben, leiden am meisten unter den knappen Ressourcen. Das führt auch dazu, dass die Arbeitsformen und -inhalte in der Entwicklungspolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern langsamer angepasst werden (geringer Einsatz neuer Medien, Debatten um Antirassismus).

Die Dynamik globaler Entwicklungen birgt Chancen für entwicklungspolitische NRO, ihr Politikfeld aus der Nische herauszuholen, gleichermaßen aber auch die Gefahr, dem Tempo nicht Stand zu halten (z.B. Flucht und Geflüchtete).

Die Mitgliedsgruppen des BER sind mehrheitlich ebenso von den beschriebenen Problemlagen betroffen. Die meisten entwicklungspolitischen NRO verschaffen sich im politischen Diskurs kein Gehör, weil sie in wichtigen Politikfeldern, die direkte Auswirkung auf die Entwicklungen im Globalen Süden haben (z.B. Energie- und Klimapolitik, Handelspolitik, Wirtschaftspolitik) nicht aktiv sind. Die Verbindungen bzw. Schnittmengen mit den Themenbereichen der anderen BER-Mitgliedsorganisationen werden oft nicht behandelt (z.B. die Verknüpfung von Ansätzen alternativen Wirtschaftens mit postkolonialen Perspektiven).

Einige Mitglieder arbeiten mit städtischen Initiativen, die sich nicht unmittelbar als entwicklungspolitisch engagiert verstehen, andere arbeiten als Kiezinitiative. Dennoch bleibt die konkrete Vermittlung globaler Themen in den Berliner Lebensalltag die Ausnahme.

Hinzu kommt bei den Mitgliedsgruppen des BER, dass sie sich mehrheitlich an einem Prozess zur Auswahl von Themen beteiligt haben, die von Eine Welt-Promotor/innen bearbeitet werden sollen –

allerdings hat weniger als ein Fünftel der an diesem Prozess beteiligten unmittelbar durch die Anstellung eine/r Promotor/in im eigenen Verein profitiert. Dies verstärkt die Erwartungshaltung der BER-Mitgliedsgruppen an die Promotor/innen.

Vision

Berliner entwicklungspolitische NRO sind Teil einer starken, die Stadt prägenden Zivilgesellschaft, globale Themen, Perspektiven und Stimmen Teil der lokalen sozialen Kämpfe. Die NRO haben sich im BER und anderen Bündnissen vernetzt. Durch Beratungs- und Qualifizierungsleistungen sowie durch eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung konzentrieren sie ihre Kräfte auf ihre Stärken – nämlich auf die jeweilige entwicklungspolitische Fachexpertise.

Die Eine Welt-Promotor/innen sind eine ihre Arbeit ergänzende entwicklungspolitische Ressource der BER-Mitgliedsgruppen. Die enge Zusammenarbeit der BER-Mitgliedsgruppen mit den Promotor/innen stärkt beide gleichermaßen.

Wirkungsindikatoren

Berliner entwicklungspolitische NRO, insbesondere die Mitgliedsgruppen des BER, haben mehr Ressourcen für ihre Projektarbeit, weil sie in anderen, nicht fachspezifischen Belangen, von den Promotor/innen unterstützt werden.

Es entstehen neue Netzwerke und Kooperationen, insbesondere zwischen den Promotor/innen und damit auch zwischen verschiedenen Vereinen, aber auch zwischen BER-Mitgliedsgruppen und anderen Akteuren außerhalb der entwicklungspolitischen Szene.

BER-Mitgliedsgruppen und Eine Welt Promotor/innen kooperieren in zahlreichen Projekten. Dies ist die Grundlage für ein gemeinsames, konstruktives sowie transparentes und mitunter innovatives Verfahren zur Weiterentwicklung des Berliner Promotor/innenprogramms unter Beteiligung vieler BER-Mitgliedsgruppen und Eine Welt Promotor/innen sowie deren Anstellungsträgern.

Mehr entwicklungspolitische NRO und Initiativen in Berlin kennen den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Politikfeldern jenseits der EZ (z.B. Energiepolitik, Wirtschaftspolitik). Sie bringen ihre Sichtweisen aktiv in die jeweiligen Bereiche ein und engagieren sich innerhalb dieser Politikfelder für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Zielgruppe: Politische Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene

Situations-/ Problembeschreibung:

Landesebene: Mitglieder des Abgeordnetenhauses (und deren Mitarbeiter/innen/ Referent/innen) und Mitarbeiter/innen in den Senatsverwaltungen, v.a. aus den Bereichen Wirtschaft, wo das Politikfeld institutionell angesiedelt ist und bzgl. der Themen öffentliche Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung, Bildung, bzgl. des Globalen Lernens, der Senatskanzlei bzgl. internationaler Städtepartnerschaften und Finanzen. Aber auch Mitglieder aus Senat und Abgeordnetenhaus (und deren Mitarbeiter/innen und Referent/innen), die in anderen Politikfeldern mit großer entwicklungspolitischer Relevanz arbeiten, wie zum Beispiel der Energiepolitik.

Bezirksebene: Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen (Bürgerdeputierte, Vorsteher/innen der BVVs, Mitglieder der Bezirksämter (Stadträt/innen und Bezirksbürgermeister/innen), Mitglieder der Kreisverbände und Mitarbeiter/innen in den Bezirksverwaltungen, v.a. aus den Bereichen EU, Internationales, Städtepartnerschaften, Quartiersmanagement, Sozialraumorientierte Planungscoordination, Submission, Bildung, Kultur, Umwelt, Klima sowie im Auftrag der Bezirksämter handelnde Personen (z.B. Pächter der Bezirkskantinen).

Die politischen Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene erkennen nicht, dass ihre politischen Entscheidungen über die lokale Dimension hinaus auch Teil globaler Entwicklungen sind, dass sie somit auch Verantwortung für globale Probleme tragen. Oder aber sie handeln aufgrund anderer Prioritätensetzung und Mangel an Ressourcen eben nicht primär entwicklungspolitisch orientiert. Was fehlt ist die Kenntnis von Möglichkeiten, Pflichtaufgaben mit den eigenen Handlungsfeldern zu verknüpfen oder mit NRO zu kooperieren, die entsprechende Netzwerke und Fachwissen haben.

Die Politikfelder Landesentwicklungspolitik und Kommunale Entwicklungspolitik und damit die konkreten Handlungsoptionen und Verantwortlichkeiten auf Landes- und Bezirksebene sind der Zielgruppe nicht oder kaum bekannt. Meist sind es „Einzeltäter/innen“ mit persönlichen Anknüpfungspunkten, die dem Politikfeld oder einzelnen Handlungsfeldern gegenüber offen sind. Parteipolitisch stehen Grüne, dann Linke Politiker/innen dem Politikfeld oder einzelnen entwicklungspolitischen Handlungsfeldern meist offener gegenüber, als SPD-, dann CDU-Politiker/innen. Fast alle ordnen Entwicklungspolitik anderen, vermeintlich wichtigeren Politikfeldern unter oder sehen die Zuständigkeit auf Bundes- und europäischer Ebene.

Die Grundlagen ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung (z.B. Ministerpräsidentenbeschlüsse zur Entwicklungspolitik, entwicklungspolitische Leitlinien Berlins, SDGs), bestehende lokale Strukturen (Landesstelle für EZ, Beirat EZ) und Akteure (entwicklungspolitische NRO sowie deren Verband BER) und überregionale Service- und Förderstrukturen (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Klimabündnis) sind der Zielgruppe nicht oder kaum bekannt.

Eine Offenheit über Parteigrenzen hinweg besteht zu entwicklungspolitischen Forderungen der NRO eher dann, wenn sie Symbolcharakter haben (z.B. Umbenennungen von Straßen mit kolonialem Hintergrund) und/ oder prestigeträchtig sind (z.B. „Fairtrade-Towns“, „Hauptstadt des Fairen Handels“), aber nicht wenn sie „haushaltswirksam“ sind, also Land und Bezirke auch zur finanziellen Verantwortung zur Herstellung globaler Gerechtigkeit heran ziehen.

Anlage 1 Berlin: Situation Zielgruppen, Visionen, Wirkungsindikatoren

Der Zielgruppe sind die im Bereich der Entwicklungspolitik vorhandenen finanziellen Anreize und Gratifikationen für Land (z.B. Promotor/innenprogramm, Drittmittelakquise über NRO-Förderung der LEZ) und Bezirke (z.B. die künftigen „Beauftragten für kommunale EZ“ oder „Nakopa-Mittel“ der SKEW) nicht oder kaum bekannt oder sie haben zu wenig Ressourcen für deren Akquise– sie bleiben damit oft ungenutzt.

Vision

Symbol- und prestigeträchtige entwicklungspolitische Aktionen haben den Raum geöffnet für städtisches und bezirkliches Engagement in der Einen Welt-Arbeit. Alle politischen Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene betrachten nun Entwicklungspolitik als selbstverständliches Politikfeld mit spezifischen Handlungsoptionen und -verantwortungen. In allen Politikfeldern sind entwicklungspolitisch Verantwortliche benannt bzw. gewählt, die über finanzielle und personelle Ressourcen verfügen um entwicklungspolitische Maßnahmen und Projekte in ihren jeweiligen Handlungsfeldern durchzuführen. Dabei suchen und integrieren sie die Expertise der Eine Welt-Promotor/innen.

Die politischen Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene verstehen dabei sich und ihr Handeln als Teil eines politischen und Kultur- und Wertewandels: Globale Gerechtigkeit, Genügsamkeit, Gemeinwohl, Partizipation und Gleichberechtigung gelten als Grundlagen für ein gutes Leben für alle.

Wirkungsindikatoren

Entwicklungspolitik ist auf Landes- und Bezirksebene institutionalisiert und programmatisch verankert: Es gibt entwicklungspolitische Sprecher/innen in den Parteien, entwicklungspolitische Verpflichtungen (z.B. in Parteianträgen und Wahlprogrammen, in Vereinbarungen von Koalitionen und Zählgemeinschaften) und finanzielle Ressourcen (z.B. für entwicklungspolitische Bund-Länder oder Bund-Kommunen-Programme).

Die politischen Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene arbeiten mit entwicklungspolitischen NRO bzw. den Eine Welt Promotor/innen bei entwicklungspolitischen Projekten zusammen.

Entwicklungspolitisch symbol- und prestigeträchtige Projekte wurden umgesetzt und haben bei politischen Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene den Weg für eine Akzeptanz des Politikfeldes (als „haushaltswirksames“ und als Querschnittsthema) geebnet.

Zielgruppe: Berliner Gewerkschaften und die Wirtschaft

Situations-/ Problembeschreibung

Gewerkschaften

In Berlin waren Ende 2014 knapp 1,3 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 360.000 Beschäftigte in Berlin sind bei einer der Mitgliedsgewerkschaften des DGB organisiert. Durch ihre politische Nähe zu den Parteien SPD und DIE LINKE haben Gewerkschaften ein großes Gewicht im politischen Diskurs. In Berlin regiert die SPD derzeit gemeinsam mit der CDU, auch nach den Abgeordnetenhauswahlen wird die SPD aller Wahrscheinlichkeit nach in der Regierung sein. In Brandenburg regiert bis 2019 eine rot-rote Koalition.

Die Gewerkschaften vertreten die Interessen ihrer Mitglieder, die sich aus ihren unmittelbaren Arbeitsverhältnissen ergeben. Langfristige nachhaltige Ziele (z.B. Einfluss der Kohlenutzung auf den Klimawandel) und internationale Solidarität (Arbeitsbedingungen in Zulieferbetrieben im globalen Süden, ILO-Kernarbeitsnormen) werden ihnen untergeordnet. Hinzu kommt, dass Beschäftigte aus Branchen mit einem hohen Grad an gewerkschaftlicher Organisation ein größeres Gewicht im politischen Diskurs haben als Beschäftigte aus Branchen mit einem geringen Grad an gewerkschaftlicher Organisation. In der Debatte um den Kohleausstieg führt das beispielsweise dazu, dass Beschäftigte aus dem Bereich der fossilen Energieversorgung ihren Interessen im politischen Diskurs deutlich besser Gehör verschaffen können als Beschäftigte aus dem Bereich der erneuerbaren Energien (der auch aus entwicklungspolitischer Sicht notwendige Kohleausstieg wird von Gewerkschaften, insbesondere der IG BCE blockiert).

Bündnisse wie das FAIRgabe-Bündnis, stehen vor der Herausforderung, diese Interessen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern inhaltlich aufeinander zu beziehen.

Vision

Internationale Solidarität und globale Nachhaltigkeit sind Leitprinzipien der Berliner Gewerkschaften. Sie nutzen ihre politische Nähe zur Politik zur Umsetzung einer nachhaltig agierenden Stadt und treten bspw. für den Ausstieg aus der Kohleenergie ein.

Wirkungsindikatoren

Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder in Berlin sind sich der entwicklungspolitischen Auswirkungen ihrer Unternehmen bewusst und nehmen am politischen Diskurs um eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft teil.

Wirtschaft

Berlin ist Teil einer globalisierten Weltwirtschaft: Vor Ort ansässige Unternehmen haben globale Wertschöpfungsketten aufgebaut, um Rohstoffe oder Produkte aus anderen Ländern zu importieren, gegebenenfalls zu verarbeiten und weiterzuverkaufen. Für die Berliner Wirtschaft sind vor allem die Gesundheitswirtschaft (medizinische Geräte, chemische Produktion), die Medien und Kreativwirtschaft, die Logistik und Mobilität, Optik und Energietechnik wichtige Bereiche. So betreibt beispielsweise Siemens in Berlin sechs Produktionswerke, in denen unter anderem Turbinen und Schalttechnik für den weltweiten Markt hergestellt werden, und der Online-Händler Zalando, der am Ende vieler Textillieferketten steht, steuert von Berlin aus seinen europaweiten Versandhandel.

Berlin steht vor der Aufgabe einen tiefgreifenden Transformationsprozess zu gestalten, der die Mainstream Wirtschaftsakteure und großen Unternehmen in Berlin einschließt. Berlin weist im bundesweiten Vergleich die geringste Wirtschaftskraft und eine geringe Industriebasis auf, wobei die Exportquote der Berliner Industrie bei 56 Prozent liegt. Darin liegt auch eine Chance für die Gestaltung eines fairen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandorts Berlin. Der notwendige Strukturwandel wäre hier einfacher zu gestalten als in stärker industrialisierten Teilen Deutschlands.

Es gibt bislang kaum Ambitionen von Berliner Unternehmen, die Transformation hin zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort anzugehen. Es gibt seitens entwicklungspolitischer NRO und von Akteuren, die alternative Wirtschaftsmodelle in Berlin etablieren (Gemeinwohlwirtschaft, Kreislaufwirtschaft in Start-Ups wie das Agora-Projekt) wenig Kontakte und Kooperationen zu progressiven Wirtschaftsverbänden (z.B. Verband „Faires Berlin, CSR-Beratungsstelle der Handwerkskammer).

Vision

Berliner Unternehmen und ihre Interessensverbände setzen sich für einen fairen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Berlin ein und suchen dafür die Kooperation mit Akteur/innen alternativer städtischer Wirtschaftsformen.

Wirkungsindikatoren

Entwicklungspolitische Akteure und Unternehmen kooperieren bei Projekten, die einen fairen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Berlin anstreben.